



*Wählergemeinschaft
„UNABHÄNGIGE BÜRGER“*

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2024 BIS 2029

1. Miteinander in Schwerin

Wir als UNABHÄNGIGE BÜRGER stehen für parteipolitisch unabhängige Sachpolitik im Sinne der Bürger. Wir setzen uns für vielfältige Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitentscheidung durch die Bürger ein. Ortsteile am Stadtrand sollen von der Stadtpolitik genauso berücksichtigt werden wie das Zentrum. Ordnung und Sicherheit sowie Sauberkeit gehören für uns zu einem guten Miteinander in der Stadt.

1.1 Bürgerinteressen ohne Parteibuch vertreten – Sachpolitik gestalten

Als Wählergemeinschaft verstehen wir uns seit unserer Gründung im Jahr 2011 als Interessenvertreter, Lotse und Anwalt aller Bürger unserer Landeshauptstadt. Wir wollen, dass politische Entscheidungen mit Sachverstand und Erfahrung getroffen werden und nicht nach parteipolitischen Prioritäten. Parteiinteressen sind für uns bei der Lösung städtischer Probleme nebensächlich.

Alle Entwicklungen, die förderlich für die Bürger sind, unterstützen wir. Wo Bürgerinteressen unberücksichtigt sind, treten wir für sie ein und fordern Nachbesserungen oder Veränderungen.

1.2 Mitgestaltung durch Bürger forcieren – Informationspolitik verbessern

Wir sind der Auffassung, dass unsere Bürger nicht nur mehr und umfassender bei kommunalpolitischen Themen beteiligt werden können, sondern in wichtigen Sachfragen auch selbst entscheiden sollten.

Information ist die Grundlage für Entscheidungen. Leider sind Bürgerforen in der Landeshauptstadt oft schlecht besucht oder bei Umfragen beteiligen sich nur wenige Bürger. Wir treten dafür ein, dass regelmäßige Beteiligungsformate in den Stadtteilen umgesetzt werden. Die Verwaltungsführung sollte regelmäßig in jedem Ortsteil Einwohnerfragestunden

oder Bürgerforen durchführen; Oberbürgermeister und Beigeordnete können dann unmittelbar Rede und Antwort stehen und auf Fragen und Probleme der Bürger reagieren. Bürgerumfragen sollen nicht nur digital durchgeführt werden. Wir regen zudem an, dass wieder ein Stadtanzeiger kostenlos in alle Haushalte der Landeshauptstadt verteilt wird, damit die Bürger über städtische Themen umfassend informiert sind.

Fragen, die sich für einen Bürgerentscheid eignen, sind in unserer Stadt durchaus vorhanden, so zum Beispiel ob und wie Elektroroller in unserer Stadt abgestellt werden sollen oder wie das Areal der Paulshöhe neu gestaltet werden kann. Wir sind der Auffassung, dass Bürger grundsätzlich viel öfter mitentscheiden können sollen. Wir werden in der nächsten Wahlperiode verstärkt darauf hinwirken, geeignete Themen zum Gegenstand von Abstimmungen der Bürger zu machen.

1.3 Alle Stadtteile gleichermaßen entwickeln – Stadtrand nicht vernachlässigen

Siedlungen am Rand der Stadt und die berechtigten Interessen der Bürger haben wir weiterhin besonders im Blick, da sie häufig nicht die erforderliche Aufmerksamkeit der Kommunalpolitik bekommen. Wir wollen verhindern, dass dort reine Schlafstätten entstehen oder kommunale Infrastruktur am Stadtrand nach und nach verschwindet oder mit der gesamtstädtischen Entwicklung nicht Schritt hält. Bei der Planung von neuen Wohngebieten müssen die Auswirkungen des Einwohnerzuwachses besser berücksichtigt werden; die Anbindung an den Nahverkehr, das Vorhandensein von Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen, die Versorgung mit Ärzten oder Apotheken muss mitgedacht werden.

Für **Warnitz** fordern wir eine Ampellösung an der Bahnhofstraße/Grevesmühlener Chaussee, damit die Warnitzer Bürger im Berufsverkehr nicht ewig den Verkehr auf der Hauptstraße passieren lassen müssen. Vorrangiges Ziel ist es, dass der morgend-

liche Schülerverkehr nach Lankow nicht im Rückstau vor der Hauptstraße feststeckt, sondern zügig abfließen kann. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der B-Plan für das „Warnitzer Feld“ auf den Weg gebracht wird, nachdem OB Dr. Badenschier dies verhindern wollte. Wir sehen in diesem Baugebiet mit der Mischnutzung aus Wohnen und Mieten ein neues Modell, wie wir einerseits Bedarfe an Bauplätzen für junge Familien befriedigen können und andererseits älteren Menschen die Möglichkeit geben, durch Umzug in Mietwohnungen im gewohnten Umfeld zu bleiben.

Für **Wickendorf** setzen wir uns dahingehend ein, dass wir den Neubau der sogenannten Nordumgehung nach wie vor kritisch sehen. Wir werden nochmals die Planungsprämissen hinterfragen, denn die Landschaft und Umwelt/Natur könnten durch dieses Projekt erheblich gestört werden.

Für **Neumühle** haben wir uns stark gemacht, damit der Kleinfeld-Kunstrasenplatz des NSV endlich gebaut wird. Dieses Vorhaben muss nun auch umgesetzt und dabei auch die Parkplatzsituation verbessert werden.

Für **Görries** werden wir nach der Sanierung der Rogahner Straße weiter dafür eintreten, dass auch die angrenzenden Straßen wie z.B. der Schulzenweg instandgesetzt werden. Diese sind zwar verkehrstechnisch nicht so hoch frequentiert, deren Zustand ist aber für die Anwohner eine Zumutung. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Entwässerungsanlagen insbesondere in der Straße „Knöchernhorst“ erneuert werden, um Schäden durch Starkregenereignisse vorzubeugen.

Für **Zippendorf** werden wir weiter darauf drängen, dass die Sanierung des Strandhotels den „dörflichen Charakter“ des Ortsteils nicht zerstört. Eine Überbauung des Landschaftsschutzgebietes lehnen wir ab. Bauprojekte wie dieses dürfen nicht ausschließlich investorengeleitet sein.

Für **Mueß** steht die Sanierung der Alten Crivitzer Landstraße endlich auf der Agenda. Gegenwärtig ist unsicher, ob und in welche Höhe die Landesförderung für das Projekt Revitalisierung des Freilichtmuseums Mueß kommt. Das Projekt ist wichtig für die Entwicklung des Ortsteils und deswegen fordern wir, dass das Land zu seinem Wort steht; notfalls müssen Alternativen für dieses Projekt in Eigenregie der Stadt gefunden werden. Der Schandfleck der ehemaligen Gaststätte zur Fähre muss beseitigt werden. Schön wäre es, wenn hier wieder ein Ausflugsziel entsteht.

Für **Stern Buchholz** und **Wüstmark** wollen wir nach wie vor eine bessere Nahverkehrsanbindung. Umlandbusse sollten in Wüstmark halten, damit Bürger aus diesem Ortsteil mehr ÖPNV-Angebote wahrnehmen können. Stern-Buchholz darf nicht länger vernachlässigt werden, zumal durch die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes das Wohnumfeld erheblich beeinträchtigt ist. Die Vermüllung im Umfeld der EAE muss durch Stadt, Forst und Land engmaschiger kontrolliert werden.

Für **Friedrichsthal** wünschen sich die Anlieger Nachbesserungen beim Lärmschutz an der Umgehungsstraße. Wir werden prüfen lassen, ob der Wall verlängert / erhöht werden kann, so dass der Verkehrslärm wie zugesichert minimiert wird. Zum anderen werden wir darauf drängen, dass im Kreuzungsbereich die versprochene Lärmschutzwand nachgebessert wird. Des Weiteren sollte endlich Bewegung bei der Planung des EDEKA-Marktes vor dem Neubaugebiet kommen. Es kann nicht sein, dass diese Planung schon seit Jahren verschleppt wird.

1.4 Ordnung und Sauberkeit verbessern – Verantwortung der Bürger einfordern

Schwerin ist eine so schöne Stadt – und dennoch an vielen Stellen dreckig! Es muss uns allen - Verwaltung und Bürgern gleichermaßen - weiterhin ein wichtiges Anliegen sein, die öffentliche Sicherheit

und Ordnung stringent sicherzustellen und auf Sauberkeit hinzuwirken. Dazu nur einige Beispiele, was sich ändern muss:

- Wir fordern eine wirkungsvolle städtische Initiative zur Beseitigung und dauerhaften Eindämmung von Graffiti – das ist keine Kunst, sondern Sachbeschädigung! Kuschelpädagogik mit Tätern ist hier fehl am Platz. Wir werden daher ein städtisches Förderprogramm für die Beseitigung illegaler Graffiti anregen.
- Wir sind ohne Wenn & Aber für die dauerhafte Fortsetzung der Videoüberwachung am Marienplatz – die von einigen Parteien geführte Datenschutzdebatte führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern schwächt oder verhindert sie. Die Landespolizei muss endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, die Anlage am Marienplatz zukunftsfest zu machen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass auch an weiteren Stellen in der Stadt die Videoüberwachung geprüft wird, z.B. in der Eisenbahnunterführung Lübecker Straße oder „Am Stein“ im Mueßer Holz.
- Die Straßenbeleuchtung fällt an vielen Stellen aus, ohne dass zeitnah Ersatz kommt – dies ist aber erforderlich, denn dunkle Ecken befördern Kriminalität. Wir werden eine Initiative für eine zentral gesteuerte Überwachung der Straßenbeleuchtung starten, denn momentan werden Schäden oder Ausfälle von Straßenbeleuchtung der Verwaltung nur bekannt, wenn externe Hinweise eingehen.
- Viele Straßenlaternen sind mit Aufklebern verunstaltet. Wir sind der Meinung, dass dieser Zustand für eine Stadt, die Weltkulturerbe werden will, nicht dienlich ist. Hier müssen kreative Lösungsansätze gefunden werden.
- Hundekot ist leider auch immer noch ein Problem. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Hundehalter verantwortungsvoll mit den Hinterlassen-

schaften ihrer vierbeinigen Begleiter umgehen, nehmen es manche nicht so ernst. Hier ist Eigenverantwortung mehr denn je gefragt, aber auch weiterhin Kontrollen durch den Ordnungsdienst.

Wir treten dafür ein, dass Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung unverzüglich bestraft werden. Schwerpunktstreifen des KOD am Marienplatz sollen verstetigt werden, Jugendschutzkontrollen an neuralgischen Punkten im Stadtgebiet wieder in den Blick genommen werden. Die Vermüllung und Sachbeschädigung öffentlicher Plätze und Einrichtungen – wie z.B. auf der Schwimmenden Wiese - ist nicht hinnehmbar. Hier müssen präventive Ansätze z.B. durch Einsatz von Streetworkern verstärkt Anwendung finden.

Auch ein wichtiges Anliegen in diesem Themenfeld ist uns der Winterdienst. Wir sind der Meinung, dass die Einhaltung der Räum- und Streupflicht stringenter in der Stadt kontrolliert und Verstöße dagegen konsequent geahndet werden müssen. Die Stadt selbst kommt ihrer eigenen Räum- und Streupflicht zunehmend auch nicht immer vollständig nach, z.B. weil gewerblich gebundene Unternehmer unzuverlässig sind oder schlicht nicht genug leistungsfähige Anbieter vorhanden sind. Wir wollen daher prüfen lassen, ob der Winterdienst durch die Stadt wieder in Eigenregie durchgeführt wird.

2. Gestaltung unserer Stadt

Wir treten ein für die Schaffung von mehr bezahlbarem, alten- und behindertengerechtem Wohnraum. Bei der Quartiersentwicklung müssen gemischte Wohnformen zunehmend umgesetzt werden. Die Anstrengungen für mehr Barrierefreiheit müssen intensiviert werden. Neue Konzepte beim Straßenverkehr müssen allen Interessen gerecht werden und nicht ideologisch geprägt sein. Wir fordern nach wie vor Sorgsamkeit bei der baulichen Entwicklung unserer Stadt – vor allem setzen wir uns ein für eine zügige

Sanierung der maroden Gehwege und mehr öffentliche Toiletten.

2.1 Bezahlbares Wohnen für Familien und Bezieher niedriger Einkommen

Die Stadt muss Wege und Möglichkeiten finden, dass Familien und einkommensschwache Bürger gute, bezahlbare und stadtnahe Wohnmöglichkeiten finden. Städtische Grundstücke sollen daher nicht nur mit dem höchstmöglichen Profit verkauft und entwickelt werden, sondern schwerpunktmäßig auch und insbesondere an Investoren, die Wohnungen für Familien und Bezieher niedriger Einkommen zur Verfügung stellen. Dabei wären Mietobergrenzen zu vereinbaren, die nicht überschritten werden dürfen.

2.2 Stadtteilbezogene Angebote schaffen – Verwaltung vor Ort bringen

Wir wollen alle Ortsbeiräte erhalten und treten allen Überlegungen um Zusammenlegung zu größeren Einheiten entschieden entgegen. In den Ortsbeiräten können die Interessen der Bürger am besten beurteilt werden; dabei sollten allerdings mehr Bürger, die dort auch selbst wohnen, tätig sein und weniger gewählte Stadtvertreter. Wir setzen uns ein für kommunale Begegnungsstätten und Trefforte auch am Stadtrand. Die Stadtverwaltung sollte regelmäßig mit Dienstleistungsangeboten vor Ort sein, um insbesondere älteren Bürgern lange Wege ins Stadthaus zu ersparen. Für Lankow unterstützen wir die Idee eines Stadtteilzentrums, in dem auch die unverzichtbare Stadtteilbibliothek einen modernen Sitz bekommt.

2.3 Barrierefreiheit herstellen - Inklusion umsetzen

Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Prozessen und zwar von Anfang an – nicht als Bittsteller, sondern selbstbestimmt und überall. Weil nahezu 20 Prozent der Schweriner Bevölkerung unmittelbar von einer Form der Behin-

derung betroffen ist, haben wir dafür gesorgt, dass bei der Stadtverwaltung die Stelle eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten eingerichtet wurde. Diese Stelle ist bei allen Verwaltungsvorlagen zwingend zu beteiligen. Das ist aber nur ein erster Schritt; denn losgelöst davon bestehen nach wie vor viele, nicht nur bauliche Barrieren für diese Menschen in der Stadt, aber auch für ältere Bürger und Familien mit kleinen Kindern. Diese Hindernisse müssen endlich abgebaut werden. Dafür muss ein städtischer Masterplan erstellt werden.

2.4 Herausforderungen des Klimaschutzes schrittweise meistern – Radverkehr aus- bauen

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - wir in Schwerin stehen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen noch ganz am Anfang. Von der Ausrufung des Klimanotstandes halten wir nichts, denn das ist bloße Symbolpolitik. Wichtig ist, dass innerhalb der kommenden Wahlperiode - bis 2028 - eine kommunale Wärmeplanung erstellt wird, um klimapolitische Veränderungen und vor allem eine Reduzierung des fossilen Energieverbrauchs zu erreichen. Wir fordern eine zügige Erweiterungsplanung für das Fernwärmenetz, denn dafür gibt es noch viel Potential in unserer Stadt. Die Geothermie-Anlage der Stadt gibt dafür einen infrastrukturell hervorragenden Rahmen.

Wir werden auch weiter dafür eintreten, ausgewählte Bereiche zu finden, wo der Radverkehr priorisiert wird. Denn: Nachweislich steigen viele Menschen dann auf das Rad um, wenn der Radverkehr nicht nur nicht benachteiligt, sondern bevorteilt wird. Die städtischen Radwege müssen weiter modernisiert, Lücken im Netz – wie zum Beispiel entlang der Gadebuscher Straße in Lankow - geschlossen werden. Eine ebenso banale wie wichtige Sache ist, dass Radwege im Winter ebenfalls vernünftig geräumt werden; dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Auch Bordsteinabsenkungen sind an vielen Stellen nicht radfahrerfreundlich ausgestaltet, deshalb sollte hier

baulich nachgebessert werden. Wir brauchen auch mehr Fahrradabstellanlagen oder Fahrradparkhäuser in der Stadt; die geplanten Stellplatz-Projekte am Bahnhof müssen endlich umgesetzt werden.

2.5 Marina mit Wassertankstelle muss kommen – Wassersportstandort stärken

Wir haben mit unserer Initiative in der gerade ablaufenden Wahlperiode den Grundstein dafür gelegt, dass auf dem Areal an der Güstrower Straße eine Marina mit Wassertankstelle gebaut werden kann. Leider geht die Umsetzung nur schleppend voran. Dieses Vorhaben muss jetzt endlich umgesetzt werden und darauf werden wir drängen. Denn klar ist: Das anhaltende Fehlen einer Wassertankstelle schwächt den Wassersportstandort Schwerin und ist umweltpolitisch eine Katastrophe. Dieses Vorhaben muss Priorität haben. Dem Wassersport muss endlich grundsätzlich die erforderliche Beachtung geschenkt werden.

Die Posse um die Schleuse Banzkow muss beendet werden, dafür haben wir uns erst im März 2024 mit einem Antrag in der Stadtvertretung stark gemacht und wir werden auf eine dauerhafte Lösung drängen. Denn lediglich stundenweise Öffnungen dieser wichtigen Einrichtung an der Wasserstraße Stör kurz vor den Schweriner Seen sind nicht hinnehmbar.

Wir brauchen auch dringend eine Lösung für das Dauerliegen von Booten an der Ziegelseepromenade und anderen kommunalen Steganlagen. Es kann nicht sein, dass diese Anlagen mit viel Steuergeld errichtet werden und dann teilweise schrottreife Kähne dort monate- oder gar jahrelang liegen. Das verschandelt das Stadtbild und ist eine illegale Dauernutzung. Es muss eine Stegordnung und Gebührenregelung her.

2.6 Bausünden verhindern – Bauverstöße ahnden - Bauruinen beseitigen

Bauprojekte müssen sich in das historische Stadtbild und in die Umgebung einfügen. Nicht immer ist das nach unserer Meinung in Schwerin gelungen, weil den Interessen der Investoren mitunter zu viel

Gewicht beigemessen wird. Wir werden bei solchen Projekten – wie z.B. dem Strandhotel Zippendorf – weiterhin auf Verträglichkeit mit der Umgebung und die Interessen der Alt-Anlieger achten. Losgelöst davon: Das Strandhotel Zippendorf muss gerettet werden.

Auch wenn wir einzelne Bauvorhaben oder B-Pläne kritisch sehen: Wir brauchen weitere Baufelder in Schwerin, denn die Nachfrage nach Baugrundstücken ist anhaltend hoch. Hierbei werden wir mit Blick auf negative Erfahrungen der letzten Jahre verstärkt striktere Vorgaben einfordern, damit nicht hinterher wieder über Bauhöhen, Anzahl der Geschosse oder andere wesentliche Gestaltungselemente diskutiert werden muss, wie das Beispiel Waisengärten leider zeigt.

Die Einhaltung der Vorgaben der Bauordnung sind strikter als bislang zu kontrollieren und Verstöße müssen konsequent staatlich sanktioniert werden. Es kann nicht hingenommen werden, wenn sich einzelne Bauherren – und das teils an exponierten Wasserlagen – schlicht nicht an Vorgaben der B-Pläne, dem höchsten kommunalen Satzungsrecht, halten. Wir werden hier wie in den vergangenen Jahren sehr genau hinsehen! Wir fordern:

- Baugenehmigungen müssen mit städtebaulichem Augenmaß erteilt werden.
- Bauverstöße müssen ohne Ansehen von Personen oder Investitionsvolumina strikt geahndet werden.
- Bauruinen wie z.B. das ehemalige Jagdhaus Schelfwerder müssen beseitigt oder Eigentümer noch energischer in Verantwortung für ihr Eigentum genommen werden.

Um dies sicherzustellen, muss der Oberbürgermeister regelmäßig über den Sachstand ausgewählter Bauvorhaben der Stadtvertretung berichten. Für diese Pflicht haben wir mit unserem Antrag in der abgelaufenen Wahlperiode gesorgt.

2.7 Öffentliche Infrastruktur verbessern

Der Investitionsstau bei Geh- und Radwegen ist immens. Gehwege / Radwege / öffentliche Plätze müssen dringend in weitaus größerem Umfang repariert bzw. neu angelegt werden; erst recht mit Blick auf eine immer schneller alternde Bevölkerung.

Ein weiteres, nicht weniger besonderes Augenmerk richten wir zudem auf die öffentlichen Toiletten – das Angebot reicht nicht aus bzw. lässt hinsichtlich Öffnungszeiten oder Sauberkeit zu wünschen übrig. Öffentliche Toiletten – und damit meinen wir nicht solche, die öffentlich zu erreichen sind (z.B. in Einkaufszentren) – müssen in ausreichender Anzahl vorhanden und kostenlos nutzbar sein. Wir fordern den Neubau einer öffentlichen Toilette an der Ziegelseepromenade. Die Toilette am Berta-Klingberg-Platz muss länger geöffnet werden.

3. Bildung, Erziehung und Betreuung

Wir setzen uns ein für beste Lernbedingungen in den staatlichen Schulen. Das kostenlose Schülerticket für die Klassen 1-4 ist weiterhin unser Ziel. Die Errichtung einer staatlichen Hochschule in Schwerin unterstützen wir ebenso wie die weitere Stärkung der Kindertagespflege.

3.1 Schulen sanieren und besser ausstatten - Digitale Infrastruktur ausbauen

Wir haben viele Schulen in unserer Stadt baulich bereits auf Vordermann gebracht. Ob Erich-Weinert-Schule oder Weststadtcampus – wir haben toll sanierte Schulen; jetzt müssen weitere Sanierungen wie die der Friedensschule zügig folgen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen hat an Tempo verloren, die investiven Mittel fließen nicht schnell genug ab. Das muss besser koordiniert werden. Hier gilt aber auch: Digitalisierung ist nicht das Allheilmittel. Gute Lernergebnisse erfordern nicht nur vollsanierte Schulen mit guten Toiletten und Schulhöfen, die ansprechend gestaltet

sind. Auch sanierte Turnhallen gehören dazu und moderne Sportplätze. Vor allem aber braucht es motivierte Lehrer in ausreichender Anzahl, so dass Unterrichtsausfall die Ausnahme ist.

3.2 Kostenloses Schülerticket für Klassen 1-4 einführen – Familien weiter entlasten

Es war unter anderem unsere Initiative in der Stadtvertretung, dass Schüler der Klassen 5-13 den Nahverkehr in Schwerin bereits kostenlos nutzen können. Leider haben nicht alle diese Initiative mittragenden Fraktionen auch für die Sicherstellung der Finanzierung gestimmt, so dass im Stadthaushalt eine Lücke von mehreren hunderttausend Euro entstanden ist. Das finden wir unverantwortlich, denn wer A sagt, muss auch B sagen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir diese Kostenfreiheit im Nahverkehr auch für Kinder der Klassen 1-4 umsetzen. Dafür muss aber eine sichere Gegenfinanzierung gefunden werden. Dafür werden wir nach Lösungen suchen.

3.3 Hochschule für Schwerin etablieren

Fraktionsübergreifend besteht Einigkeit: Schwerin braucht eine staatliche Hochschule. Aber was und wie genau? Die Idee, Teile der Verwaltungshochschule Güstrow nach Schwerin zu verlegen, unterstützen wir. Denn dieser Vorschlag ist ebenso naheliegend wie umsetzbar. Der Standort in Güstrow ist infrastrukturell erschöpft, Schwerin ist das politische und mit den Ministerien auch das Verwaltungszentrum des Landes. Hier sind also ideale Voraussetzungen für Lehre und Forschung auf diesem Gebiet. Eine weitere Idee: Die Hochschule für Musik und Theater (HMT) von Rostock nach Schwerin verlagern. Die Schließung des Archäologischen Landesmuseums in Schwerin und die Neuansiedlung in Rostock war eine Standortschwächung für Schwerin durch das Land; ebenso die Verlegung des Technischen Landesmuseums nach Wismar. Insoweit ist es gerechtfertigt, eine Kompensation dafür durch eine staatliche Hochschuleinrichtung in Schwerin einzufordern. Für Studium, Lehre und For-

schung an einer HMT in Schwerin bestehen durch das Mecklenburgische Staatstheater ideale fachliche Voraussetzungen. Auch der Wohnungsmarkt in Schwerin ist deutlich entspannter als in Rostock, wo Studenten keine Unterkunft mehr finden. Dieses Thema muss der Oberbürgermeister zur Chefsache machen!

3.4 Rechte der Tagesmütter stärken

Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass die Kindertagespflege in der Landeshauptstadt von Verwaltung und Politik nicht stiefmütterlich behandelt wird. Hierbei sind erste Verbesserungen bei der Vergütung erreicht worden. Aber es gibt immer noch Gerechtigkeitsdefizite im Vergleich zu den Kitas – dabei sind die Tagesmütter gerade mit ihrem hochgradig flexiblen und individuellen Angebot ein unverzichtbarer Bestandteil der Kinderbetreuung in Schwerin. Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen für eine Anhebung der Tagespflegesätze (u.a. Einstufung nach S4), für praktikable Vertretungsregelungen und für mehr Fortbildungsangebote.

4. Solide Finanzwirtschaft – moderne Verwaltung

Schwerin muss seinen Konsolidierungskurs bei den Finanzen konsequent fortsetzen. Diese Forderung ist unpopulär – und dennoch unterstützen wir sie im Sinne nachfolgender Generationen. Die Umsetzung erfordert strikte Haushaltsdisziplin bei gleichzeitig anhaltend hohem Investitionsniveau.

4.1 Verantwortlich und sparsam wirtschaften – Verwaltung modernisieren

Die Landeshauptstadt hat aus Vorjahren Kassenkredite von derzeit rund 90 Mio. Euro, für die jährlich Millionenbeträge an Zinsen aufzuwenden sind. Um diesen finanzielle Schiefelage zu beseitigen und die Zinsen dauerhaft einzusparen, müssen diese Verbindlichkeiten aus Vorjahren abgebaut werden. Die Entschuldung gelingt nur, wenn jährlich ein Über-

schuss von 3 Mio. EUR im Haushalt erreicht wird. Denn nur dann erhalten wir vom Land nach dem Finanzausgleichsgesetz eine jährliche Entschuldungshilfe von 9 Mio. EUR. Bei konsequenter Haushaltsdisziplin sind die aufgelaufenen Verbindlichkeiten durch jährliche Tilgung von Altschulden i. H. v. 12 Mio. EUR in 7-8 Jahren abgebaut. Diesen Weg müssen wir gehen, auch wenn dafür unpopuläre Entscheidungen erforderlich sind. Mit uns wird es jedenfalls keine unbedarfte Haushaltswirtschaft geben, die nicht vorhandenes Geld mit vollen Händen ausgibt. Klar ist: Auch die Verwaltung hat mit steigenden Löhnen, Inflation und Zinsentwicklungen zu kämpfen. Deswegen kommt der Verwaltungsmodernisierung eine wichtige Rolle zu. Schlanke Prozesse und Prioritätensetzungen können dazu beitragen, Ausgabenmehrungen einzudämmen.

4.2 Kostenaufwuchs in der Sozial- und Jugendhilfe eindämmen

Die Stadt gibt dreistellige Millionenbeträge für soziale Sicherung aus, mehr als jeder zweite Euro des Gesamthaushaltsvolumens fließt in diesem Bereich. Das ist an vielen Stellen auch gut und richtig, zumal auch Bund und Land diese Ausgaben mittragen. Fakt ist aber auch: In der Sozial- und Jugendhilfe zeigen die Ausgaben seit Jahrzehnten in nur eine Richtung: Nach oben. Alle Bemühungen um Kostenreduzierung sind bislang erfolglos geblieben. Der ungebremste Finanzaufwuchs muss daher strukturell untersucht und gebremst werden.

4.3 Führerscheinangelegenheiten ins Stadthaus zurückholen

Die Verwaltungskooperation mit dem Landkreis LUP in Sachen Führerscheinwesen und Kfz-Zulassung mag im vergangenen Jahrzehnt ihre Berechtigung gehabt haben. Wir sehen es aber nicht mehr als zeitgemäß an, dass Bürger der Landeshauptstadt nach Schwerin-Süd in die gemeinsame Dienststelle des Landkreises und der Landeshauptstadt fahren müssen, um beispielsweise den Führerschein umzutauschen. Da der Umtausch ohnehin

Pflicht ist und daher künftig viele weitere Schweriner betrifft, werden wir dafür eintreten, dass diese Dienstleistung wieder ins Stadthaus zurückgeholt und der sechsstellige Verwaltungskostenbeitrag für LUP eingespart wird.

5. Zuwanderung und Integration

In Schwerin leben 11.000 Menschen mit ausländischen Wurzeln. Das ist eine Bereicherung und Herausforderung zugleich. Wir sind der Meinung, dass bestehende Probleme bei der Zuwanderung und Integration offen angesprochen werden müssen, anstatt sie unter den Teppich zu kehren oder schönzureden. Nur so können praxistaugliche, einvernehmliche und vor allem in der Bevölkerung akzeptierte Lösungen gefunden werden. Rassismus und Extremismus jedweder Prägung lehnen wir ab.

5.1 Zuweisungsquote für Schwerin reduzieren

Schwerin ist von Zuwanderung stark betroffen, weil neben den zugewiesenen Asylbewerbern aktuell auch über 2.500 ukrainische Flüchtlinge in der Stadt leben. Diese werden aber nur teilweise bei der Zuweisung bei der Asylzuweisungsquote berücksichtigt, so dass wir in der Stadt überproportional von Zuwanderung betroffen sind. Das erzeugt Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung, bindet erhebliche Kapazitäten in der verwaltungsseitigen Abwicklung, in der Unterbringung und Versorgung, in der Kinderbetreuung und Schulversorgung und führt zu Problemen bei der Integration. Obwohl die finanziellen Aufwände überwiegend durch Bund und Land getragen werden, verbleiben bei der Stadt erhebliche Beträge. Für Integration fehlt es an finanziellen Mitteln und Personal.

5.2 Landeszuständigkeit für unbegleitete minderjährige Ausländer einführen

Das Land plant laut Informationen vom Februar 2024 die Erweiterung von Plätzen in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), von denen eine

in Stern-Buchholz und damit im Stadtgebiet der Landeshauptstadt liegt. Eine Erweiterung für den Schweriner Standort sehen wir sehr kritisch, weil bereits jetzt die Auswirkungen der EAE Stern-Buchholz für Schwerin spürbar sind. Zusätzliche Belastungen für Schwerin sind wahrscheinlich, insbesondere durch stärkere Zuwanderung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA). Denn die Landeshauptstadt hat per Gesetz immer eine Erstzuständigkeit für die kostspielige Unterbringung, Versorgung und Betreuung, losgelöst davon, ob ggf. nach Clearingverfahren eine Umverteilung stattfindet. Unsere Aufnahme-Quote ist seit Jahren deutlich überschritten. Diese Aufgabe bindet erhebliche Personalkapazitäten, die wir nicht mehr haben; es gibt auch keine Träger mehr, die die Betreuung der umA übernehmen. Die Kosten werden vom Land zwar übernommen, aber eben nur die Betreuungskosten, keine zusätzlichen Personal- und Sachkosten in der Kernverwaltung. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass eine landesgesetzliche Neuregelung erwirkt wird und diese Aufgabe originär vom Land übernommen wird.

5.3. Zentrale Abschiebebehörde des Landes

Land muss auch bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mehr Verantwortung übernehmen, weil wir als Kommune bereits mit dem Kerngeschäft überlastet sind. Unsere Forderung lautet: Errichtung einer zentralen Abschiebebehörde des Landes. Nur wenn Diejenigen konsequent zurückgeführt werden, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, wird wieder mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für Zuwanderung und Integration entstehen.

5.4 Bezahlkarte für Asylbewerber einführen

Wir unterstützen die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber; diese verhindert den Transfer von Sozialleistungen ins Ausland und macht das aufwändige Auszahlungsverfahren für Bargeld entbehrlich.

5.5 Kein Platz für Rassismus und Extremismus

Wir lehnen jede Form von Rassismus ab, ebenso

Extremismus - ganz gleich, ob von links, rechts oder religiös geprägt. Extremistischen Organisationen sollten kommunale Einrichtungen nicht vermietet werden.

6. Kunst und Kultur; Sport

Schwerin ist Kultur- und Sportstadt gleichermaßen. Diese Tradition soll bewahrt, Angebote müssen trotz knapper Kassen gefördert und wenn möglich ausgebaut werden

6.1. Kunst & Kultur fördern – Künstler angemessen bezahlen

Kunst und Kultur sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Die Stadt sollte daher weiterhin Kulturinstitutionen wie Ataraxia, das Filmkunstfest oder die Schleifmühle und darüber hinaus freie Kunstangebote fördern. Auch neue Kunstformen sollten bei der Förderung berücksichtigt werden. Dabei sollten nach unserer Auffassung lokale und regionale Künstler gleichermaßen berücksichtigt werden, wie überregional bekannte. Bei Künstlerhonoraren unterstützen wir die Forderungen des Berufsverbandes Bildender Künstler nach Mindesthonoraren. Nur so können Bildende Künstler ihre Wirksamkeit längerfristig auf qualitativ hohem Stand entfalten.

Wir setzen uns ein für den Neubau eines Stadtgeschichtsmuseums am Schlachtermarkt, wir unterstützen die Aufwertung des Speicherkomplexes in der Röntgenstraße durch die Verlegung des Archivs und wir wollen das Freilichtmuseum Mueß endlich aufwerten.

Zum 100. Geburtstag des Schweriner Ehrenbürgers (Rabbi) William Wolff im Jahr 2027 regen wir die Errichtung eines Denkmals im Stadtgebiet an.

Die Stadtbibliothek Schwerin wünschen wir uns als Ort der Literatur und des Lesens, der 24 Stunden/7 Tage die Woche geöffnet ist. Dafür gibt es in anderen Kommunen bereits technische Lösungen, die wir uns für die Bibliothek der Landeshauptstadt auch vorstellen können. Die Stadtteilbibliothek

Lankow soll neue Räumlichkeiten im geplanten Bürgerzentrum bekommen. Das unterstützen wir deswegen, weil es die letzte kommunale Einrichtung im Stadtteil ist und sie als Begegnungsstätte eine wichtige soziale Funktion im Stadtteil erfüllt.

Das „Dezernat 5“ als Ort der freien Kulturszene hat sich in den vergangenen Jahren in der Kunstszene der Stadt etabliert. Hier sollen nach unseren Vorstellungen durch den städtischen Eigenbetrieb ZGM weitere Räume an Künstler vermietet werden – und das zu pauschalen und nicht zu marktüblichen Mieten, weil dies für das Gebäude gar nicht umsetzbar ist.

6.2. Förderung des Breitensports beibehalten – Events unterstützen

Schwerin ist eine sportbegeisterte Stadt. Wir setzen uns insbesondere für eine Förderung des Breitensportes ein, wie wir das zuletzt mit Erfolg für den Burgseeverein und den Neumühler Sportverein getan haben. Die städtische Förderung von Sportgroßveranstaltungen sollte verstetigt werden, denn Events wie der Fünf-Seen-Lauf, das Drachenbootrennen, der Nachtlauf, das Jedermann-Radrennen oder Segelwettbewerbe sind gelebte Tradition und ziehen viele Sportler und Gäste aus Nah und Fern an. Das Projekt einer neuen Radsporthalle am Sportkomplex Lambrechtsgrund unterstützen wir, denn als Olympiastützpunkt für Volleyball, Boxen und Radsport müssen wir eine optimale Infrastruktur vorhalten, um diesen Status nicht zu verlieren.

7. Wirtschaft und Tourismus / Stadtmarketing

7.1 Stadtmarketing optimieren - Märkte und Feste überdenken

Auch wenn nach Corona die Tourismusbranche wieder in Schwung gekommen ist: Die Übernachtungszahlen für Schwerin stagnieren seit langem auf einem für eine Landeshauptstadt (zu) niedrigen Niveau. Der angeschobene Markenprozess scheint ebenso in der Warteschleife festzuhängen.

Der Weihnachtsmarkt und das Altstadtfest treten unser Auffassung nach hinsichtlich der überregionalen Strahlkraft ebenso auf der Stelle. Beim Altstadtfest mangelt es grundsätzlich an einem thematischen Profil, das zur Landeshauptstadt passt. Kurzum: Wir sehen hier erhebliches Potential, was es zu heben gilt. Wir wollen zudem prüfen lassen, ob das Stadtmarketing in die Kernverwaltung zurückgeholt wird. Insbesondere wollen wir auf den Prüfstand stellen, ob die Landeshauptstadt Märkte und Stadtfeste nicht wieder selbst bewirtschaftet. Modelle anderer Kommunen – wie z.B. Erfurt – sind auch auf Schwerin übertragbar.

Grundsätzlich sollte sich Schwerin auch touristisch internationaler ausrichten, erst recht, wenn wir den Welterbe-Status erlangen. Touristische Angebote, Veranstaltungen und sonstige Hinweise sollten daher auch immer in englischer Sprache beworben werden.

Die touristische Vermarktung der Stadt kann auch dadurch verbessert werden, dass das gesamte Gastronomieangebot und alle Übernachtungsmöglichkeiten aller Preisklassen als einheitliches Werbeschaufenster nach außen aufbereitet werden.

Ein weiteres Problem, was es anzugehen gilt, sind fehlende öffentliche Toiletten oder der Zustand der vorhandenen. Angesichts der alternden Gesellschaft, die sich auch in der Tourismusbranche zeigt, müssen alle Angebote hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit überprüft und ggf. erneuert werden.

Eine Zielgruppe, die bislang gar keine Aufmerksamkeit beim Tourismusmarketing der Stadt erfährt, sind Jugendliche und junge Erwachsene. Aktuell ist der Fokus der städtischen Tourismuskampagne ausgerichtet auf unsere schöne Natur und Kulturprogramme. Hier bleibt Potential ungenutzt liegen, erst recht, wenn wir solche ansprechenden Formate wie die wöchentlichen Konzerte auf dem Alten Markt oder Sportveranstaltungen wie das Drachenbootrennen als Anziehungspunkte in den Blick nehmen würden. Auch für junge Familien und Radurlauber sollten gezielt Kampagnen gestartet werden.

7.2. Wirtschaft fördern – Fokus auf Bestandsge- werbe legen

Ein gesundes, abwechslungsreiches Bestandsge-
werbe ist förderlich für die Ansiedlung von Großge-
werbe. Daher gilt es, dieser Unternehmerschaft eine
besondere Beachtung zu widmen. Unternehmens-
besuche und -Stammtische, auf denen die Verwal-
tungsspitze erfahren kann, wo dem Handwerk und
Gewerbe der Schuh drückt, sollten zur Selbstver-
ständlichkeit gehören. Der Wirtschaftsausschuss
sollte regelmäßig vor Ort in Schweriner Unterneh-
men tagen.

Für den Einzelhandel wünschen wir uns eine Fort-
setzung und Ausweitung des durch unseren Bei-
geordneten im Jahr 2023 eingeführten Verwal-
tungsverfahren zu verkaufsoffenen Sonn- und
Feiertagen: Durch den Erlass von Allgemeinver-
fügungen der Stadt sollen diese besonderen Öff-
nungszeiten bürokratiearm und gebührenfrei mög-
lich gemacht werden.

Bei Gewerbeanträgen und -anzeigen muss jedem
Unternehmer der rote Teppich ausgerollt werden.
In einem kooperativen Prozess gilt es, das Anzei-
ge- oder Genehmigungsverfahren so einfach wie
möglich zu gestalten. Sollte es nicht zur Ansiedlung
kommen, müssen die Gründe dafür ermittelt und
das Verfahren im Einzelfall geändert werden.

Bei Großansiedlungen ist es erforderlich, dass
Stadt und Land noch enger zusammenarbeiten und
Schwerin nicht – wie in den letzten Jahren - weiter-
hin nur zweiter Sieger ist und Wirtschaftsansiedlun-
gen wie BMW oder Intel in andere Regionen gehen.
Mit Blick auf unsere Natur und Umwelt ist hierbei
aber darauf zu achten, dass die Ansiedlungsvorha-
ben zu Schwerin passen und umweltsensibel aus-
gestaltet sind.

8. Umwelt und Natur

8.1. Klimaneutralität ist anzustreben – muss aber bezahlbar sein

Die Unabhängigen Bürger stehen dazu, dass auch
unsere Stadt die Herausforderungen zu mehr Kli-

maneutralität bewältigen muss. Dazu sind allerdings viele Schritte notwendig, deren Umsetzung die Stadt vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen stellt. Dabei müssen die Bürger mitgenommen werden, um deren Akzeptanz und Verständnis zu gewinnen. Ein erster Meilenstein ist mit dem Bau und der damit einhergehenden Inbetriebnahme der Geothermie-Anlage im Stadtteil Lankow erreicht worden, welche in der Lage ist, 2.000 Wohnungen mit Wärme zu versorgen. Wichtig ist jetzt, den Ausbau des Fernwärmenetzes zu forcieren und weitere Straßen und Stadtteile anzuschließen. Ein weiterer Meilenstein ist die teilweise geplante Umstellung der Busflotte des Nahverkehrs auf E-Mobilität, was zur Reduzierung der CO₂-Ausstöße beitragen wird. Auch diese Maßnahme findet bei den Unabhängigen Bürgern deutliche Unterstützung. Weiterhin fordern wir, dass bei Renovierungsarbeiten und auch Neubauten nach den umweltfreundlichsten Standards vorgegangen wird, um auch hier zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beizutragen. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass das Ziel der Klimaneutralität bei den Unabhängigen Bürgern mit Nachhaltigkeit verfolgt wird. Wir werden uns deshalb als Unabhängige Bürger weiter auf diesem Gebiet engagieren, mit dem Ziel, dass die angestrebte Klimaneutralität schrittweise auch Realität wird.

8.2. Kleingartenanlagen erhalten und Natur schützen

In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass Kleingärten zurückgebaut wurden. Damit muss Schluss sein. Wir sind für den Erhalt der Kleingartenanlagen und für die Stärkung der Rechte von Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern. Das Kleingartenwesen leistet einen wichtigen Beitrag für die Naherholung. Die Flächen bilden die grüne Lunge der Stadt und dienen neben ihrer Funktion als Naherholungsgebiete für den Menschen auch als Rückzugsort für Tiere und sind Nahrungsgrundlage für eine Vielzahl von Vögeln und Insekten, welche für den Naturkreislauf essenziell wichtig sind. Wir als

Unabhängige Bürger werden uns auch weiterhin für die Rechte der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner einsetzen. Zuletzt haben wir in der Stadtvertretung den Oberbürgermeister beauftragt, die Möglichkeiten der finanziellen Förderung von PV-Anlagen in Kleingärten mit der Landesregierung zu erörtern.

9. Soziales

9.1. Die älteren Bürger nicht vergessen

In Schwerin leben viele ältere Menschen, zum Teil alleine und vereinsamt. Das ist ein Zustand, mit dem wir uns als Unabhängige Bürger nicht abfinden wollen. Deshalb gilt es, bereits bestehende Ressourcen für die Zukunft auch finanziell abzusichern. Wir unterstützen auch weiterhin das Quartiersmanagement der einzelnen Stadtteile, weil dies den Senioren vor Ort eine Möglichkeit bietet, miteinander zu kommunizieren, sich auszutauschen oder aber an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen. Unsere älteren Mitbürger verdienen das.



Wählergemeinschaft
Unabhängige Bürger Schwerin

Web: www.ub-schwerin.de

Mail: wahlergemeinschaft@ub-schwerin.de

Krösnitz 30 | 19061 Schwerin

Mobil +49 (0) 151 57649945